Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dasch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Der Platz in der Not

Das Führungsteam der Hamburger Gesundheitsbehörde, Senator Dr. Seeler und Präsident Dr. Zylmann, ist am Sonnabend früh zu einer dreiwöchigen Reise durch die Vereinigten Staaten und Kanada gestartet. In der Neuen Welt wollen sich beide Anregungen holen, um leichter die großen Aufgaben bewältigen zu können, die in den nächsten Jahren auf das Gesundheitswesen zukommen. Einigen der großen Hamburger Krankenhäusern droht, so läßt sich sagen, der Herzinfarkt. Sie brauchen Hilfe.

Die Abendblatt-Serie „Dein Platz in der Not", die heute mit einer Stellungnahme Senator Seelers abgeschlossen wird, hat sichtbar gemacht, was im argen liegt und wie schwer die Versäumnisse der Väter wiegen, die 50 Jahre lang kein Ohr für die wachsende Not der Krankenhäuser hatten. Nach 50 Jahren wieder Anschluß an die Gegenwart zu finden und noch den Blick in die Zukunft frei zu haben — das ist ein großes Programm.

Wie wird das Krankenhaus der Zukunft aussehen? Bindend läßt sich diese Frage nicht beantworten, weil das Krankenhaus ebenso wie die medizinische Wissenschaft dem Zwang ständiger Wandlung und Anpassung unterworfen ist. Indessen gibt es schon jetzt Anhaltspunkte dafür, daß das „allgemeine" Krankenhaus aufgeteilt wird und sich eine stärkere Spezialisierung Bahn bricht. Es wird in Hamburg nötig sein, sogenannte Langzeit-Krankenhäuser zu bauen, die für Patienten mit langer Behandlungsdauer reserviert bleiben. Die Akut-Krankenhäuser sollten ausschließlich den akut Kranken, den Verletzten, den Patienten mit Herzinfarkt oder mit Magenblutung zur Verfügung stehen. Es ist deshalb auch notwendig, die alten Menschen, die zwar bettlägerig sind, aber keiner stationären Behandlung bedürfen, in Pflegeheime zu verlegen. Nicht selten blockieren sie in den Krankenhäusern wochenlang die Betten für Schwerkranke.

Nichts aber ist so dringend wie die Entlastung der Krankenhäuser von der wachsenden Ambulanz-Arbeit. Hamburg kann es sich nicht länger leisten, die teuren Einrichtungen der Kliniken und das überlastete, vielfach überforderte Personal für die tägliche Flut der Bagatellfälle bereitzuhalten. Die Gesundheitsbehörde muß, weil die Verhältnisse dazu zwingen, in Verhandlungen zu erreichen versuchen, daß die frei praktizierenden niedergelassenen Ärzte in Hamburg einen Teil der Ambulanz- und Notfälle aus den Krankenhäusern in ihre Praxen holen. Eine solche Regelung bringt Unannehmlichkeiten mit sich, denn eine Ambulanz- und Notfallpraxis ist nur dann sinnvoll, wenn sie rund um die Uhr besetzt ist, sonntags und auch an Feiertagen. Der großen Gemeinschaftspraxis, wie sie in der Nähe des Altonaer Bahnhofs geplant ist, gehört vermutlich ohnedies die Zukunft. Es mag bestenfalls eine Frage der Zeit sein, bis freie Ambulatorien den Krankenhäusern eine schwere Last abnehmen können.

Das allein aber wird Hamburg nicht von der Notwendigkeit entbinden, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten den Krankenhäusern zu geben, was ihnen gebührt. Entgegen der landläufigen, auch unter Politikern weitverbreiteten Meinung ist das Krankenhaus kein Zuschußbetrieb. Kranke werden behandelt und wieder gesund, kehren an den Arbeitsplatz zurück, produzieren, steigern den Umsatz und schaffen damit Einnahmen für Hamburgs Staatskasse. Ein Kreislauf also, den es zu stabilisieren gilt. Gleichzeitig der beste Gewinn, den das Unternehmen Krankenhaus erzielen kann.

co.

Polizei-Einheiten beherrschen Prag

Massierte Polizeiaufgebote beherrschen wieder das Stadtbild Prags. Dieses Foto, am 1. Mai aufgenommen, stammt von einem Augenzeugen, der am Freitag in die Bundesrepublik zurückgekehrt ist. Polizeiketten drängen die Menschen vom Wenzelsdenkmal fort. Der Tag hatte damit begonnen, daß die Prager Blumen und Kerzen vor dem Denkmal niederlegten. Daraufhin wurde der ganze Platz abgeriegelt. Selbst die harmlosesten Anzeichen von Sympathie für die vergangene Reformpolitik werden im Keim erstickt. Alle Blumen und Bilder wurden von dem Sockel des Denkmals entfernt. In den letzten beiden Apriltagen wurde wieder in der ganzen Tschechoslowakei eine ausgedehnte Polizeirazzia gegen „kriminelle und antisozialistische Elemente" durchgeführt. So werden die Säuberungen jetzt genannt. Insgesamt wurden 1225 Menschen vernommen. Davon blieben 524 in Haft. In Prag, wo die Polizei die Kontrolle in den Straßen wesentlich verstärkt hat, wurden drei holländische Pressefotografen verhaftet. Ihr Filmmaterial wurde beschlagnahmt. Die Journalisten durften nach dreistündigem Verhör das Land verlassen.

„Trittbrettfahrer" nicht erwünscht

DAG kritisiert Bundesarbeitsgericht

Deutsche Presse-Agentur

Stuttgart, 3. Mai

Scharfe Kritik an der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, wonach nichtorganisierten Arbeitnehmern die von den Gewerkschaften errungenen sozialen Fortschritte nicht vorenthalten werden dürfen, hat der Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), Hermann Brandt, geübt. In der Tatsache, daß die sogenannten „Trittbrettfahrer" genauso behandelt werden müssen wie die beitragszahlenden Gewerkschaftsmitglieder, erkennt er die eigentliche Ursache für die Stagnation der Mitgliederentwicklung innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen.

Brandt sprach auf der Jubiläumsveranstaltung zum 20. Jahrestag der Vereinigung der Angestelltenverbände zur DAG in Stuttgart. Er widersprach der Ansicht, die Funktionen der Gewerkschaften würden immer geringer. Seiner Meinung nach nehmen die Aufgaben weiter zu.

In den vergangenen 20 Jahren habe der wirtschaftliche Wiederaufbau im Vordergrund gestanden, jetzt müßten mit Hilfe der Gewerkschaften die Probleme des Strukturwandels gelöst werden.

Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen für die Zukunft haben nach Ansicht des DAG-Vorsitzenden zu stehen:

- Einrichtung von Umschulungszentren.
- Einführung eines gesetzlich garantierten, bezahlten Bildungsurlaubs von mindestens sechs Tagen pro Jahr.
- Durchsetzung der Fünftagewoche mit 40 Arbeitsstunden in allen Bereichen der Wirtschaft.
- Verlängerter, nach Lebensalter gestaffelter Erholungsurlaub.
- Angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Substanz-Zuwachs der Unternehmen.

Energisch forderte Brandt die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall und die Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenkasse für alle Angestellten.

BUNTE WELT

Tucholsky-Stiftung

Die Witwe des deutschen Schriftstellers Kurt Tucholsky hat eine Stiftung ins Leben gerufen, die deutschen Studenten der Germanistik, Publizistik, Soziologie oder Politologie einen einjährigen Studienaufenthalt im Ausland ermöglichen soll. Nach dem Tode von Frau Tucholsky sollen sämtliche Einnahmen aus dem Werk des Schriftstellers in die Stiftung eingebracht werden.

Duden für das Jahr 2021

Die „Academia della Crusca" in Florenz will im Jahre 2021 nach insgesamt 56jähriger Arbeit ein neues Lexikon der italienischen Sprache fertiggestellt haben. Neben der Literatur von 700 Jahren wird der „italienische Duden" auch Wortneuschöpfungen aus Wissenschaft, Kunst, Mode und Journalismus berücksichtigen.

Neuer Soldatenfriedhof

Am 28. Juni wird der vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge unter finanzieller Mithilfe der Bundesregierung ausgebaute deutsche Soldatenfriedhof Futapaß in Italien eingeweiht. 30 658 Gräber gefallener deutscher Soldaten machen die Anlage im Apennin zur größten ihrer Art in Italien.

Puppe für Nixon

Bundesgesundheitsminister Frau Käte Strobel hat dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, als Dank für seine Feststellung, daß die Säuglingspflege in der Bundesrepublik Vorbild für alle NATO-Staaten sei, eine Käte-Kruse-Wickelpuppe in Original-Babygröße übersandt.

Eine Käte-Kruse-Puppe

Aufforderung zur Ruhe

Die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat ihre Mitglieder aufgefordert, sich in der jordanischen Hauptstadt Amman ruhig zu verhalten, keine Waffen zu tragen und Zwischenfälle mit anderen Guerilla-Gruppen und der einheimischen Bevölkerung zu vermeiden. Beobachter in Amman verstehen den Aufruf als Folge einer Übereinkunft von König Hussein und der PLO-Leitung.

Bonn weiter um Ausgleich mit den Arabern bemüht

Aber Anerkennung Ost-Berlins stört die Bestrebungen

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn**, 3. Mai

Die seit einiger Zeit „sehr ernsthaft" verfolgten Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses Bonns zur arabischen Welt sollen trotz der angekündigten Anerkennung Ost-Berlins durch den Irak fortgesetzt werden. Das betonte der stellvertretende Regierungssprecher, Conrad Ahlers, am Freitag in Bonn. Er fügte jedoch hinzu, „solche einseitigen Schritte", wie sie der Irak unternehme, müßten sich bei der Suche nach einem Ausgleich negativ auswirken.

Nach Angaben des Regierungssprechers gibt es noch keine Anzeichen dafür, daß andere arabische Länder dem Beispiel Bagdads folgen wollen. Offenbar hat der Irak die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ost-Berlin nicht vorher mit den Staaten der Arabischen Liga abgestimmt.

Der Regierungssprecher präzisierte noch einmal die Erklärung vom Vortag, wonach der Schritt Bagdads in Bonn als ein „unfreundlicher und gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichteter Akt" angesehen werde.

Über mögliche Konsequenzen wollte sich Ahlers nicht äußern. Sie seien noch im Stadium vorsorglicher Überlegungen. Eine Beschränkung des Handelsaustausches scheint kaum in Betracht zu kommen.

Die Bundesrepublik ist nach Großbritannien wichtigster Wirtschaftspartner des Irak. Der gegenseitige Warenaustausch ist mehr als doppelt so groß wie der gesamte Handelsverkehr mit dem Ostblock. Der Irak steht als deutscher Öllieferant an vierter Stelle.

Bonn hat Bagdad keine Kapitalhilfe gewährt, fördert aber technische Vorhaben, wie eine Gewerbeschule und ein Forstprojekt. Das Goethe-Institut im Irak ist bereits seit einiger Zeit geschlossen. Die meisten größeren Industriefirmen, die sich an Handelsgeschäften mit den arabischen Ländern beteiligen, sind in Bagdad mit eigenen Büros vertreten.

Die DDR unterhält im Irak bisher ein Generalkonsulat. Sollte es zum Botschafteraustausch kommen, so wäre Ost-Berlin offiziell in 13 Staaten vertreten. Die Bundesrepublik dagegen unterhält in 110 Ländern eigene Botschaften.

Die Meinung der anderen

Frankreichs innenpolitische Szene steht noch immer im Mittelpunkt der internationalen Presse.

DIE WELTWOCHE

Zu den möglichen Motiven des Rücktritts von Charles de Gaulle als Staatspräsident schreibt die Schweizer „Weltwoche":

„Für viele war es eine Sicherheit, zugleich den General und seinen Premierminister Pompidou zu haben. Als de Gaulle sich von seinem Premier trennte, ohne auf die Meinung der Wähler und der Abgeordneten die mindeste Rücksicht zu nehmen, zerstörte er die Grundlage seiner Macht, nur um sie nicht zu teilen. Von da an war der Kampf des Präsidenten gegen den Anwärter — beiderseits mit Worten der Freundschaft und Verbundenheit getarnt — der Inhalt der französischen Politik. Gerade weil Pompidou gegen ein Referendum war, mußte bewiesen werden, daß de Gaulle es gewinnen konnte. Heute, wo der Präsident vor allem durch den Abfall der mittel- und rechtsbürgerlichen Stimmen seine Wette verloren hat, ist der „Treueste der Treuen" zur Stelle, um die Früchte dieses Sieges einzuheimsen, den er freilich — ganz in der Logik des Kampfes innerhalb einer Bewegung — offiziell als Niederlage beklagt."

PARIS-JOUR

Das Massenblatt „Paris-Jour" schreibt zu dem bevorstehenden Wahlkampf:

„Der Kampf könnte sich also zwischen ihm (Pompidou) und Gaston Defferre abspielen, wobei die anderen Kandidaten nur eine zweitrangige oder episodische Rolle spielen. In diesem Kampf könnte indessen ein neuer Faktor auftauchen: die Persönlichkeit des künftigen Premierministers. Defferre zum Beispiel könnte seine Absicht ankündigen, mit Mendes-France eine Mannschaft zu bilden. Pompidou müßte in diesem Fall den Namen desjenigen bekanntgeben, den er zum Premierminister ernennt. Man munkelte gestern abend, daß es der Präsident der Nationalversammlung, Chaban Delma sein könnte. So könnte durch Zufall Frankreich auf die amerikanische Formel des Tandems kommen — vielleicht als Vorläufer eines echten Präsidialregimes."

Foto: UPI

In der Nähe von Da Nang …

Freundschaft geschlossen haben dieser amerikanische Militärarzt und sein kleiner vietnamesischer Patient. Das Kind wird in einem Krankenhaus gesundgepflegt, das von Spenden amerikanischer Soldaten unterhalten wird.

Schütz hofft auf NPD-Verbot in Berlin

Von unserer Berliner Redaktion

wy. **Berlin**, 3. Mai

Berlins Regierender Bürgermeister Schütz glaubt nach wie vor an ein Verbot der NPD in Berlin durch die westalliierten Schutzmächte.

Nach den Worten von Schütz wird dem Verbotsantrag des Senats „in überschaubarer Zeit Zustimmung gewährt werden". Es sei nicht auszuschließen, daß dies noch vor den Bundestagswahlen geschehe.

DGB will nicht mehr mit der APO sprechen

Fortsetzung von Seite 1

jenen Funktionsträgern innerhalb des DGB genutzt, die die Gewerkschaften als bloße Garanten einer unfruchtbaren ‚Ruhe und Ordnung' verstehen, nicht aber als die entschlossene Interessenvertretung der Arbeitnehmer." Die Gewerkschaftliche Studentengruppe stellt fest:

- „Die derzeitige Berufsausbildung ist total veraltet. Die Lehrlinge beginnen deshalb — notfalls auch ohne den DGB — um ihr Recht auf eine moderne Ausbildung zu kämpfen. So bestand bereits die Mehrheit der Demonstranten am 1. Mai aus Lehrlingen und Jungarbeitern.
- Viele ältere Arbeitneher wissen um die Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze. Die Fälle Schwanenwolle und Kampnagel haben gezeigt, daß Senat und DGB Entlassungen und Lohnabbau nicht verhindern konnten."

„Die Gewerkschaften dürfen sich nicht wundern", erklärt die Gewerkschaftliche Studentengruppe, „daß andere politische Kräfte aus ihren Versäumnissen Nutzen ziehen. Durch das Aufstellen ‚schlagkräftiger' gewerkschaftlicher Schutztruppen werden die Ursachen der Unruhe nicht beseitigt. Nicht die Randerscheinungen des Protestes gilt es, mit Fäusten zu bekämpfen; es gilt vielmehr, die Ursachen berechtigter Sorgen zu beseitigen."

Die Gewerkschaftliche Studentengruppe hält es für ihre Pflicht, darauf hinzuwirken, daß im ersten Zorn nicht Gespräche abgebrochen und künstliche Fronten aufgebaut werden sollten, die den Interessen der Arbeitnehmerschaft schaden. Sie erklärt: „Es kann nicht die Absicht der Gewerkschaften sein, Lehrlinge, Schüler und Studenten in eine unfruchtbare Radikalität zu treiben. Die Gewerkschaften müssen wieder die Träger einer aktiven Reformpolitik werden. Dann finden sie auch die kritisch gewordene Jugend wieder auf ihrer Seite."

Bewegung in der Europa-Politik

Springer-Auslandsdienst - dpa - ap

London, 3. Mai

Nur fünf Tage nach dem Rücktritt von de Gaulle ist in die Europa-Politik wieder in Bewegung gekommen. Der britische Außenminister Stewart erneuerte den Anspruch seiner Regierung, Mitglied der EWG zu werden. Auch in Bonn wird wieder das Beitritts-Problem erörtert

Er hoffe und erwarte von der französischen Regierung, daß sie mit Großbritannien „in europäischer Einigkeit zusammenarbeiten wird", sagte Stewart. Großbritannien sei von dem Wunsch beseelt, eng mit allen anderen Mitgliedern zusammenzuarbeiten und betrachte sich nicht als „Ausgleichsgewicht" in irgendeinem Kräftespiel.

Als Unsinn bezeichnete der britische Außenminister die seit dem Rücktritt de Gaulles in England ausgesprochenen Erwägungen, London sollte jetzt einem geschwächten Frankreich helfen und einem deutschen Wunsch nach Vorherrschaft auf dem Kontinent entgegentreten.

„Im übrigen habe ich keinerlei Anzeichen dafür gesehen, daß die Bundesregierung irgendwelche Ambitionen auf eine Vorherrschaft hegt", erklärte Stewart in seiner Rede anläßlich des bevorstehenden 20. Jahrestages des Europarates.

Auf dieser am Montag beginnenden Veranstaltung wird auch verschiedene Male Bundesaußenminister Willy Brandt sprechen. Er ist amtierender Präsident des Rates. Politische Beobachter sind davon überzeugt, daß diese Jubiläumstagung der Europa-Politik wichtige neue Impulse verleiht.

Auch in Bonn äußerten sich führende Politiker der Großen Koalition am Freitag für eine rasche Aufnahme Großbritanniens und anderer beitrittswilliger Länder in die EWG. CDU/CSU-Fraktionschef Barzel forderte, daß der bisher eingeschlagene Weg konsequent zu Ende gegangen werden müsse. Bonn werde an der EWG festhalten. „Eine stabile europäische Gemeinschaft ist nicht nur für unser Wirtschaftswachstum wichtig. Diese Gemeinschaft gibt auch unserer Friedenspolitik Rückhalt", sagte Bundesaußenminister Brandt.

3 Tage kostenlos!

Wenn Sie jetzt den Lieferdienst des Hamburger Abendblattes unter der Telefonnummer

35 19 11

anrufen und Ihre Abonnementsbestellung aufgeben, dann kommt das Hamburger Abendblatt am Donnerstag, Freitag und Sonnabend nächster Woche kostenlos zu Ihnen ins Haus.

Sie können natürlich auch den untenstehenden Bestellschein benutzen. Füllen Sie ihn aus, und schicken Sie ihn — im Briefumschlag oder auf eine Postkarte geklebt — noch heute an das Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36.

BESTELLSCHEIN

Hiermit abonniere ich ab sofort das Hamburger Abendblatt zum monatlichen Bezugspreis von 6,20 DM (einschließlich 32,3 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellgebühr). Inlandspreis bei Postbezug 6,50 DM. Die Ausgabe vom 8., 9. und 10. Mai erhalte ich kostenlos. Für die Zeit vom 12. bis 31. Mai zahle ich den Teilmonatspreis von 4,15 DM.

Name: ....

Anschrift: ....

....

(Bitte in Blockbuchstaben ausfüllen!) (35)

TORO-

Besitzer pflegen ihren Rasen schneller!

Lieber fahren als schieben:
TORO mit Vorwärtsantrieb
Mäht noch schneller, noch bequemer.
Wirklich spielend leicht. Drei Modelle mit allem Komfort.
Empf. Preis: ab DM 640.-

Ein moderner TORO-Rasenmäher erspart Ihnen viel Zeit.
Weil Sie mit Grasfangvorrichtung mähen können. Eine wirklich feine Sache!
Und wunderbar gleichmäßig mähen Sie auch.
Weil ein TORO mit WIND TUNNEL liegendes Gras aufrichtet. Klar, daß der Schnitt gleichmäßiger, der Rasen schöner wird.
Beratung und Vorführung beim Fachhandel.

TORO Motorrasenmäher